

Abg. Tüttenberg erläuterte, dass das KiBiz heftige Reaktionen und Diskussionen ausgelöst habe. Dieses Gesetz wirke sich nicht nur auf die Elternbeiträge aus, sondern u.a. auch auf die Öffnungszeiten und Gruppenstärken. Er erachte es für notwendig, dass man in dem einzurichtenden Arbeitskreis alle mit dem Kibiz verbundenen Fragen und Probleme aufgreife und sich nicht nur auf die Frage der Elternbeiträge konzentriere.

Abg. Donie erläuterte, dass die Fragen der Elternbeiträge die Diskussionen über hiermit in Zusammenhang stehenden Themen einschließe.

Der Landrat stellte sodann das Einvernehmen fest, den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.10.2007 zur weiteren Beratung in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen.